



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Richtlinie für die kulturelle Filmförderung der BKM

vom 01. März 2023

Herausgeber:

**Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien (BKM)**

**Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn**

Internet:

www.kulturstaatsministerin.de/filmfoerderung



Inhaltsübersicht

I.	GRUNDSÄTZE UND ZIELE	3
§ 1	ZIELE	3
§ 2	ART UND GEGENSTAND DER FÖRDERUNG	3
§ 3	BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	4
§ 4	ALLGEMEINE BEDINGUNGEN FÜR ALLE FÖRDERBEREICHE	5
§ 5	EUROPARECHTLICHE BESTIMMUNGEN	6
II.	DREHBUCHFÖRDERUNG FÜR PROGRAMMFÜLLENDE SPIELFILME	6
§ 6	FÖRDERUNG	6
§ 7	ANTRAGSTELLUNG	7
§ 8	AUSWAHL- UND FÖRDERUNGSVERFAHREN	7
III.	DREHBUCH-, TREATMENT- UND PROJEKTENTWICKLUNGSFÖRDERUNG FÜR KINDERFILME	8
§ 9	FÖRDERUNG	8
IV.	STOFFENTWICKLUNGSFÖRDERUNG FÜR PROGRAMMFÜLLENDE DOKUMENTARFILME	8
§ 10	FÖRDERUNG	8
§ 11	ANTRAGSTELLUNG	8
§ 12	AUSWAHL UND FÖRDERUNGSVERFAHREN	9
V.	PRODUKTIONSFÖRDERUNG	9
§ 13	FÖRDERUNG FÜR PROGRAMMFÜLLENDE SPIELFILME UND DOKUMENTARFILME	9
§ 14	FÖRDERUNG FÜR KINDERFILME	10
§ 15	FÖRDERUNG FÜR KURZFILME	10
§ 16	ANTRAGSTELLUNG	10
§ 17	FÖRDERUNGSVERFAHREN	10
VI.	VERLEIHFÖRDERUNG	12
§ 18	VORAUSSETZUNGEN	12
§ 19	ANTRAGSTELLUNG, AUSWAHLENTSCHEIDUNG UND FÖRDERUNGSVERFAHREN	13
VII.	DEUTSCHER FILMPREIS	13
§ 20	AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	13
§ 21	AUSWAHLVERFAHREN	15
§ 22	EMPFÄNGER DER AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	15
§ 23	FÖRDERUNG DES NEUEN FILMS UND DER PROJEKTVORBEREITUNG	16
VIII.	DEUTSCHER DREHBUCHPREIS	16
§ 24	AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	16
§ 25	VORSCHLAGS- UND AUSWAHLVERFAHREN	17
IX.	DEUTSCHER KURZFILMPREIS	17
§ 26	AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	17
§ 27	VORSCHLAGS- UND AUSWAHLVERFAHREN	18
§ 28	EMPFÄNGER DER AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	18
§ 29	FÖRDERUNG DES NEUEN FILMS UND DER PROJEKTVORBEREITUNG	19
X.	VERLEIHERPREIS	19
§ 30	AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	20
§ 31	ANTRAG, AUSWAHLENTSCHEIDUNG UND FÖRDERUNGSVERFAHREN	20
XI.	KINOPROGRAMMPREIS	20



§ 32	AUSZEICHNUNGEN UND PRÄMIEN	20
§ 33	ANTRAG UND FÖRDERUNGSVERFAHREN	21
XII.	FÖRDERUNG SONSTIGER VORHABEN	21
§ 34	VORAUSSETZUNGEN	21
XIII.	JURYS	22
§ 35	BERUFUNG	22
§ 36	AUFGABEN, RECHTE UND PFLICHTEN	22
§ 37	ZUSAMMENSETZUNG	22
§ 38	SITZUNGEN, BESCHLUSSFASSUNG	22
§ 39	VERGÜTUNGEN	23
XIV.	SCHLUSSBESTIMMUNGEN	23
§ 40	ZWEIFELSFragen, AUSNAHMEN	23
§ 41	INKRAFTTRETEN	23

Anlage: Ökologische Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoDProduktionen

I. Grundsätze und Ziele

§ 1 Ziele

- (1) Bei der kulturellen Filmförderung handelt es sich um Maßnahmen der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zur Stärkung der Filmkultur in Deutschland.
- (2) Die Maßnahmen dienen dem Ziel,
 - die künstlerische Qualität des deutschen Films zu steigern,
 - zur Verbreitung deutscher Filme mit künstlerischer Qualität beizutragen und
 - die Entwicklung des Kinos als Kulturstätte zu fördern.
- (3) Die BKM bekennt sich zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am deutschen Film und zur nachhaltigen Filmproduktion.

§ 2 Art und Gegenstand der Förderung

- (1) Die Filmförderung der BKM umfasst die folgenden Bereiche:
 - Drehbuchförderung für programmfüllende Spielfilme (Kapitel II)
 - Stoffentwicklungsförderung für programmfüllende Dokumentarfilme (Kapitel IV)
 - Produktionsförderung (Kapitel V)
 - Verleihförderung (Kapitel VI)
 - Deutscher Filmpreis (Kapitel VII)
 - Deutscher Drehbuchpreis (Kapitel VIII)
 - Deutscher Kurzfilmpreis (Kapitel IX)
 - Verleiherpreis (Kapitel X)
 - Kinoprogrammpreis (Kapitel XI)

- Förderung sonstiger Vorhaben (Kapitel XII).

Die Drehbuch-/Projektentwicklungsförderung für programmfüllende Kinderfilme (Kapitel III) erfolgt aus Mitteln der Stiftung Kuratorium junger deutscher Film.

- (2) Gefördert wird durch
 - Projektförderungen
 - Verleihung von Auszeichnungen und Vergabe von Prämien.
- (3) Über Förderungen und Auszeichnungen nach Kapitel II - XI entscheidet die BKM aufgrund von Vorschlägen unabhängiger Jurys (Kapitel XIII).

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) Filme im Sinne dieser Richtlinie sind solche Filme, die für die öffentliche Vorführung in Kinos in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt und geeignet sind, ihren Schwerpunkt im filmkünstlerischen Ausdruck und Anspruch haben und die nicht überwiegend werblichen Charakter tragen oder werblichen Zwecken dienen.
- (2) Hersteller ist, wer die Verantwortung für die Durchführung des Filmvorhabens trägt.
- (3) Filme weisen eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung auf, wenn sie die vier nachstehenden Kriterien erfüllen:
 1. a) Die Originalsprache des Films ist Deutsch (d.h. der Film wurde in deutscher Sprache gedreht) oder
b) der/die Regisseur/in ist Deutsche/r oder hat seinen/ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland oder ist Staatsangehörige/r eines EU-Mitgliedstaates, eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz.
 2. Mindestens ein/e federführende/r Produzent/in ist Deutsche/r oder hat seinen/ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland oder ist Staatsangehörige/r eines EU-Mitgliedstaates, eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz.
 3. Die finanzielle Beteiligung des Herstellers bzw. mehrerer Hersteller jeweils mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland ist
 - a) mindestens so groß wie die größte finanzielle Beteiligung eines an der Herstellung beteiligten ausländischen Herstellers oder
 - b) bei gemeinsamer Beteiligung mehrerer ausländischer Hersteller mit Sitz in demselben Land mindestens so groß wie die größte summierte Beteiligung ausländischer Hersteller mit Sitz in demselben Land.
 4. Die reguläre Kino-Erstauswertung findet in der Bundesrepublik Deutschland statt (eine Uraufführung auf Festivals ist hierfür unerheblich).
- (4) Kinderfilme sind Filme, die sich insbesondere durch ihre Themen, ihre Handlung und ihre Gestaltung an Kinder richten und für diese Personengruppe geeignet sind.
- (5) Ein Film ist programmfüllend, wenn er eine Vorfuhrdauer von mindestens 79

Minuten, bei Kinderfilmen von mindestens 59 Minuten hat.

(6) Als Kurzfilme gelten Filme mit einer Vorführdauer von höchstens 30 Minuten.

(7) Als schwierige audiovisuelle Werke gelten Kurzfilme, Erst- und Zweitfilme von Regisseuren, Dokumentarfilme, Kinder- und Jugendfilme, Experimentalfilme, Low-Budget-Produktionen sowie sonstige kommerziell schwierige Werke.

§ 4 Allgemeine Bedingungen für alle Förderbereiche

(1) Die Antrag stellende Person muss ihren Wohnsitz oder Geschäftssitz in Deutschland haben. Sofern sie ihren Wohnsitz oder Geschäftssitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz hat, muss sie eine Niederlassung im Inland haben.

(2) Die BKM kann Merkblätter veröffentlichen, in denen Näheres zu den einzelnen Förderbereichen bestimmt wird. Die jeweiligen Einreichtermine sowie sämtliche für die Antragstellung erforderlichen Unterlagen sind im Internet unter www.kulturstaatsministerin.de/filmfoerderung abrufbar. Sämtliche Antragsunterlagen und Drehbücher sind in deutscher Sprache einzureichen.

(3) Von der Förderung ausgeschlossen sind Filmvorhaben, die verfassungsfeindliche oder gesetzwidrige Inhalte enthalten, einen pornographischen oder gewaltverherrlichenden Schwerpunkt haben oder offenkundig religiöse Gefühle tiefgreifend und unangemessen verletzen.

(4) Die Förderung erfolgt im Rahmen der für Einzelmaßnahmen des deutschen Films verfügbaren Haushaltsmittel. Zuwendungen werden nach Maßgabe dieser Richtlinie und den in Absatz 6 genannten Vorschriften gewährt. Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht; die BKM und die Bewilligungsbehörde entscheiden aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Die Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung der Filmförderungsanstalt sind zu berücksichtigen.

(5) Zuwendungen werden grundsätzlich als nicht rückzahlbare Zuwendungen bewilligt. Die als Zuwendungen bewilligten Geldleistungen werden als Anteilfinanzierung ausgereicht, soweit im Zuwendungsbescheid nichts anderes bestimmt wird.

(6) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung der Zuwendungsbescheide und die Rückforderung der gewährten Zuwendungen gelten die §§ 48 bis 49a Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), die §§ 23, 44 BHO und die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in dieser Richtlinie Abweichungen von den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zugelassen worden sind. Der Bundesrechnungshof ist gemäß §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

(7) Auf Verlangen sind der BKM und/oder der Bewilligungsbehörde alle Auskünfte zu erteilen und Unterlagen vorzulegen, die für eine Evaluierung der kulturellen Filmförderung erforderlich sind.

(8) Zuwendungen nach dieser Richtlinie, die sich an Betriebe und Unternehmen richten, sind Subventionen im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und der §§ 1 ff. Subventionsgesetz (SubvG). Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind. Die subventionserheblichen Tatsachen werden im für die jeweilige Förderung maßgeblichen Antragsvordruck konkret bezeichnet.

§ 5 Europarechtliche Bestimmungen

(1) Fördermittel nach dieser Richtlinie werden nach Maßgabe der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU (Verordnung EU Nr. 651/2014 der Kommission; AGVO) zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU L 187 v. 26.06.2014, S. 1), insbesondere Art. 53 und 54 AGVO, ausgereicht.

(2) Fördermittel nach dieser Richtlinie können nur nach Maßgabe von Art. 8 AGVO mit Fördermitteln anderer Förderinstitutionen kumuliert werden. Dabei darf die Beihilfeintensität aller für die Produktion audiovisueller Werke gewährten Beihilfen grundsätzlich nicht mehr als 50 Prozent der jeweiligen Gesamtherstellungskosten betragen. Bei grenzüberschreitenden Produktionen, die durch mehr als einen Mitgliedstaat der Europäischen Union finanziert werden und an denen Produzenten aus mehr als einem Mitgliedstaat beteiligt sind, kann die Beihilfenintensität bis zu 60 Prozent der jeweiligen Gesamtherstellungskosten betragen. Bei schwierigen audiovisuellen Werken gemäß § 3 Abs. 7 sowie Koproduktionen, an denen Länder der Liste des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD beteiligt sind, kann die Beihilfeintensität auf 100 % der beihilfefähigen Kosten erhöht werden.

(3) Unternehmen, die einer Rückforderung aufgrund einer früheren Entscheidung der EU-Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, werden gem. Art. 1 Abs. 4 Buchst. a) AGVO nicht gefördert. Ebenso nicht gefördert werden Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Art. 1 Abs. 4 Buchst. c) i.V.m. Art. 2 Ziff. 18 AGVO.

(4) Die Veröffentlichung der Bewilligung von Vorhaben erfolgt nach Maßgabe von Art. 9 Abs. 1 in Verbindung mit Anhang III AGVO. Ab 1. Juli 2016 wird nach Art. 9 Abs. 1c) AGVO jede Einzelbeihilfe über 500 000 Euro mit den in Anhang III genannten Informationen veröffentlicht.

II. Drehbuchförderung für programmfüllende Spielfilme

§ 6 Förderung

(1) Für die Entwicklung von deutschsprachigen Drehbüchern mit künstlerischer Qualität für programmfüllende Spielfilme können Förderungen von bis zu 30.000 Euro, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 50.000 Euro, vergeben werden. Die

Drehbuchförderung der BKM versteht sich als überregionale Spitzenförderung.

- (2) Die Drehbuchförderung umfasst eine Grundförderung von bis zu 15.000 Euro, mit der eine erste Drehbuchfassung erstellt wird, und eine sich daran anschließende Fortentwicklungsförderung bis zu weiteren 15.000 Euro. Für den Fall einer erhöhten Drehbuchförderung gemäß Absatz 1 können die Fördermittel jeweils zur Hälfte der Grundförderung und der Fortentwicklungsförderung zuerkannt werden.
- (3) Die Fortentwicklungsförderung wird nur gewährt, wenn der/die Autor/in glaubhaft macht, dass ein Hersteller ernsthaft die Verfilmung des Drehbuches beabsichtigt und bereit ist, mindestens 10.000 Euro in die Finanzierung des Drehbuchprojekts einzubringen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch die Vorlage eines entsprechenden Vertrages zwischen Autor/in und Hersteller.
- (4) Eine Drehbuchförderung soll nur gewährt werden, wenn der/die Autor/in im Zuge der Projektrealisierung mit dem von der BKM beauftragten Drama Department zusammen arbeitet. Das Drama Department kann der BKM in Absprache mit dem/der Autor/in begleitende Fördermaßnahmen, die das Drehbuch verbessern können, empfehlen. Die BKM kann die empfohlenen Fördermaßnahmen nach Prüfung der Erforderlichkeit und vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln veranlassen und finanzieren. Näheres hierzu wird in einem Merkblatt geregelt.
- (5) Eine Drehbuchförderung wird nicht gewährt, wenn das Vorhaben in der entsprechenden Entwicklungsstufe bereits von anderer Stelle gefördert wird. Zulässig hingegen sind Förderungen der Projektentwicklung oder Produktionsvorbereitung von anderer Stelle, sofern sie nicht ausschließlich die Drehbuchentwicklung betreffen.

§ 7 Antragstellung

- (1) Antragsberechtigt ist der/die Autor/in. Näheres zu den Voraussetzungen wird in einem Merkblatt geregelt.
- (2) Der/die Autor/in muss Inhaber/in der Rechte am Stoff sein.
- (3) Die Wiedereinreichung eines nicht berücksichtigten Vorhabens ist nur einmalig möglich. Voraussetzung ist, dass das Vorhaben gegenüber dem bereits zur Förderung eingereichten Projekt in wesentlichen Punkten verändert wurde; die Antrag stellende Person ist in diesem Fall verpflichtet, im Antrag detailliert darzulegen, welche Veränderungen am Projekt und Stoff vorgenommen wurden. Eine Veränderung ist nicht erforderlich, wenn formale Gründe für die Absage maßgebend waren, die nicht mehr bestehen.

§ 8 Auswahl- und Förderungsverfahren

- (1) Das Drama Department trifft eine Vorauswahl aus den eingereichten Vorhaben für die Jury Spielfilm.
- (2) Die BKM unterrichtet die Antrag stellende Person im Anschluss an die Jurysitzung schriftlich über die Förderentscheidung.

- (3) Die Abwicklung der Förderung nach § 6, insbesondere die Bewilligung und Auszahlung der Fördermittel, erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt.
- (4) Der/die Autor/in informiert die BKM unverzüglich über Nominierungen und Preise für das Drehbuch sowie, falls das Drehbuch verfilmt wird, über den Drehbeginn.

III. Drehbuch-, Treatment- und Projektentwicklungsförderung für Kinderfilme

§ 9 Förderung

- (1) Zur Entwicklung deutschsprachiger Drehbücher von künstlerischer Qualität für programmfüllende Kinderfilme können Förderungen von bis zu 30.000 Euro, in besonderen Fällen von bis zu 50.000 Euro, vergeben werden. Zur Erstellung von Treatments originärer Stoffe für programmfüllende Kinderfilme von künstlerischer Qualität können Förderungen von bis zu 8.000 Euro vergeben werden. Zur Vorbereitung von programmfüllenden Kinderfilmprojekten mit künstlerischer Qualität können Projektentwicklungsförderungen von bis zu 50.000 Euro gewährt werden.
- (2) Die Förderung erfolgt im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der BKM und dem Kuratorium junger deutscher Film.
- (3) Die Antragstellung, Auswahl und das Förderungsverfahren erfolgen entsprechend der Förderbedingungen des Kuratoriums junger deutscher Film.
- (4) § 6 Absatz 4 Satz 2 und 3 gelten entsprechend. Ausschlaggebend ist hier die Empfehlung der begleitenden Fördermaßnahmen durch den/die zuständige/n Projektbetreuer/in des Kuratoriums junger deutscher Film.

IV. Stoffentwicklungsförderung für programmfüllende Dokumentarfilme

§ 10 Förderung

- (1) Zur Entwicklung von programmfüllenden Dokumentarfilmvorhaben von herausragender künstlerischer Qualität und mit besonderer Kinorelevanz können Förderungen von bis zu 20.000 € vergeben werden. Gefördert werden thematisch anspruchsvolle Stoffe mit innovativem und individuellem Ansatz mit dem Ziel, eine produktionsreife, ausführliche projektgerechte Beschreibung des Filmvorhabens zu erarbeiten.
- (2) Eine Stoffentwicklungsförderung wird nicht gewährt, wenn das Vorhaben in der entsprechenden Entwicklungsstufe bereits von anderer Stelle gefördert wird.

§ 11 Antragstellung

- (1) Antragsberechtigt ist der/die Regisseur/in, sofern er/sie bereits einen programmfüllenden Dokumentarfilm vorweisen kann, der im Kino, auf Festivals oder im Fernsehen ausgewertet wurde. Das Interesse eines/r Produzenten/in an der Realisierung des Filmvorhabens muss mittels einer Absichtserklärung nachgewiesen werden. Wenn der/die Regisseur/in das Vorhaben selbst produzieren will, ist ein Nachweis über die eigene bisherige Produzententätigkeit zu erbringen. Näheres hierzu wird in einem Merkblatt geregelt.
- (2) § 7 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 12 Auswahl und Förderungsverfahren

- (1) Die BKM unterrichtet die Antrag stellende Person im Anschluss an die Jurysitzung schriftlich über die Förderentscheidung.
- (2) Die Abwicklung der Förderung nach § 10, insbesondere die Bewilligung und Auszahlung der Fördermittel, erfolgt durch die Filmförderungsanstalt.
- (3) Der/die Zuwendungsempfänger/in hat die BKM nach Fertigstellung der projektgerechten Beschreibung regelmäßig über den Produktionsfortschritt, insbesondere aber im Falle der Realisierung des Vorhabens über den Drehbeginn, zu informieren. Auf der projektgerechten Beschreibung und ggf. weiteren Ergebnissen der Fördermaßnahme sowie im Vor- und Abspann des fertiggestellten Films ist auf geeignete Weise auf die gewährte Stoffentwicklungsförderung der BKM hinzuweisen.

V. Produktionsförderung

§ 13 Förderung für programmfüllende Spielfilme und Dokumentarfilme

- (1) Für die Herstellung programmfüllender Filme können Förderungen von bis zu 500.000 Euro, in begründeten Ausnahmefällen unter Berücksichtigung der besonderen künstlerischen Qualität des Vorhabens und des Finanzbedarfs bis zu 1.000.000 Euro vergeben werden. Die Förderung richtet sich grundsätzlich an Filmvorhaben mit Herstellungskosten bis zu 5.000.000 Euro. In begründeten Ausnahmefällen können auch Filme mit höheren Herstellungskosten berücksichtigt werden.
- (2) Die Förderung nach Abs. 1 soll insgesamt 80 % der in der Vorkalkulation veranschlagten, anererkennungsfähigen Herstellungskosten nicht übersteigen.
- (3) Die Filmvorhaben müssen eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung im Sinne des § 3 Abs. 3 Ziff. 1 - 3 aufweisen.
- (4) Bei der Auswahl werden neben dem vorrangigen Kriterium der künstlerischen Qualität unter anderem die Realisierbarkeit des Vorhabens innerhalb eines angemessenen Zeitraums sowie die zu erwartende Verbreitung des Films, insbesondere bei der Kinoauswertung, berücksichtigt. Auch Art und Umfang des Eigenanteils können hierbei berücksichtigt werden. Die Auswahl soll auch Filmvorhaben von qualifizierten Filmschaffenden aus dem Bereich Nachwuchs umfassen, sofern diese in einem professionellen Produktionsumfeld realisiert werden. Projekte, die mit Mitteln

von Hochschulen - zum Beispiel als Übungs- oder Abschlussfilme - finanziert werden sollen, können nicht gefördert werden.

§ 14 Förderung für Kinderfilme

- (1) Für programmfüllende Kinderfilmvorhaben können Förderungen von bis zu 500.000 Euro, in begründeten Ausnahmefällen unter Berücksichtigung der besonderen künstlerischen Qualität des Vorhabens und des Finanzbedarfs bis zu 1.000.000 Euro vergeben werden. Die Förderung richtet sich grundsätzlich an Filmvorhaben mit Herstellungskosten bis zu 5.000.000 Euro. In begründeten Ausnahmefällen können auch Filme mit höheren Herstellungskosten berücksichtigt werden.
- (2) Für Kinderkurzfilme können bis zu 15.000 Euro, in besonderen begründeten Ausnahmefällen auch höhere Förderungen vergeben werden.
- (3) Die Förderung erfolgt im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der BKM und dem Kuratorium junger deutscher Film.
- (4) § 13 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 4 Satz 1, Satz 2 und Satz 4 gelten entsprechend.

§ 15 Förderung für Kurzfilme

- (1) Für hervorragende Kurzfilmvorhaben können Förderungen von bis zu 15.000 Euro vergeben werden.
- (2) Die Filme müssen eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung im Sinne des § 3 Abs. 3 Ziff. 1 - 3 aufweisen.

§ 16 Antragstellung

- (1) Antragsberechtigt für eine Förderung ist der Hersteller.
- (2) Erfüllen im Falle einer Koproduktion mehrere Hersteller die Bewilligungsvoraussetzungen, kann der Antrag nur von einem der Hersteller gestellt werden.
- (3) § 7 Abs. 3 gilt entsprechend. Für Förderungen nach § 14 kann die BKM hiervon Ausnahmen zulassen.

§ 17 Förderungsverfahren

- (1) Die BKM unterrichtet den Hersteller im Anschluss an die Jurysitzung schriftlich über die Förderentscheidung. Die Abwicklung der Förderung, insbesondere die Antragsprüfung im Detail, die Bewilligung und Auszahlung der Fördermittel sowie die Prüfung ihrer ordnungsgemäßen Verwendung, erfolgt durch die Filmförderungsanstalt.
- (2) Für die Förderung nach § 13, § 14, § 15 gelten folgende Maßgaben:
 1. Eigenanteil:
Der Hersteller hat sich in angemessenem Umfang an der Finanzierung des Films zu

beteiligen. Die Regelungen des FFG für den Eigenanteil gelten entsprechend.

2. Keine Förderung nach Drehbeginn:

Mit den Dreh- oder Animationsarbeiten darf erst nach Erteilung des Zuwendungsbescheides begonnen werden. Als Drehbeginn gilt der erste Drehtag. Die BKM kann im Ausnahmefall auf Antrag des Herstellers einem vorzeitigen Drehbeginn oder einem vorzeitigen Beginn der Animationsarbeiten nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung der zu § 44 BHO erlassenen Verwaltungsvorschriften zustimmen.

3. BAFA-Bescheinigung:

Als Voraussetzung für die Ausstellung des Zuwendungsbescheids hat der Hersteller eine vorläufige Projektbescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) im Sinne des FFG einzureichen. Die endgültige BAFA-Bescheinigung ist vor Auszahlung der Schlussrate einzureichen.

4. Auszahlung in Raten:

Die Zuwendung wird in Raten entsprechend dem Fortgang der Herstellung des Films ausgezahlt; für die Auszahlung der Zuwendung gilt das Anforderungsverfahren nach Nr 1.4 ANBest-P. Die ausgezahlten Mittel sind alsbald, spätestens jedoch innerhalb der nächsten sechs Wochen zu verwenden. Ein Teilbetrag von 10 % der Zuwendung wird erst nach Prüfung der Herstellungskosten des Films, sobald der Film eine Freigabe und Kennzeichnung gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 1, 2 oder 3 des Jugendschutzgesetzes erhalten hat und nach Vorlage einer Ansichtskopie ausgezahlt.

5. Schlusskostenprüfung:

Die Prüfung der Mittelverwendung und des Schlusskostenstandes erfolgt durch einen von der FFA bestimmten Wirtschaftsprüfer. Die Kosten trägt der Zuwendungsempfänger. Nach § 15 geförderte Kurzfilme sind von dieser Regelung ausgenommen.

6. Rechterückfall:

Im Falle der Beteiligung eines oder mehrerer Fernsehveranstalter an der Herstellung des Filmvorhabens hat die Antrag stellende Person den Nachweis zu erbringen, dass in dem Auswertungsvertrag mit dem Fernsehveranstalter ein Rückfall der Fernsehnutzungsrechte an den Antragsteller, entsprechend den Regelungen des FFG und der aufgrund des FFG erlassenen Richtlinien, vereinbart ist. Entsprechendes gilt für Fernsehnutzungsrechte, die der Hersteller einem Verleih oder Vertrieb eingeräumt hat.

7. Deutsche Sprachfassung:

Die Zuwendung wird grundsätzlich nur für Filme gewährt, bei denen wenigstens eine Endfassung des Films, abgesehen von Dialogstellen, für die nach dem Drehbuch eine andere Sprache vorgesehen ist, in deutscher Sprache hergestellt wird. Bei Dokumentar- und Kurzfilmen ist eine für die Kinovorführung taugliche, deutsch untertitelte Fassung ausreichend.

8. Barrierefreiheit:

Wenigstens eine Endfassung des Films muss bis zum Beginn der regulären Kino-Erstauswertung in einer Version mit deutschen Untertiteln für Menschen mit Hörbehinderungen und mit deutscher Audiodeskription für Menschen mit Sehbehinderungen in marktgerechter und kinogeeigneter Qualität hergestellt werden; die Kosten

hierfür werden von der BKM anerkannt und sind in der Kalkulation zu berücksichtigen. In besonders begründeten Fällen können auf Antrag des Produzenten Ausnahmen zugelassen werden.

9. Sperrfristen:

Für BKM-geförderte Filmvorhaben ist eine reguläre Erstauswertung im Kino sicherzustellen. Für die weitere Auswertung gelten die im FFG geregelten Sperrfristen mit Ausnahme des § 56 FFG entsprechend; nach § 15 geförderte Kurzfilme sind von dieser Regelung ausgenommen. Die BKM kann auf Antrag des Zuwendungsempfängers Ausnahmen bewilligen, wenn filmwirtschaftliche Belange nicht entgegenstehen. Dies gilt insbesondere bei nachweislich innovativen Finanzierungs- und Auswertungskonzepten.

10. Beleg- und Meldepflichten:

Der BKM sind nach Fertigstellung des Films zwei Beleg-DVDs zu überlassen. Der Hersteller informiert die BKM nach Bekanntwerden unverzüglich über den Verleihtitel, Datum des Kinostarts, die Teilnahme und ggf. Auszeichnungen auf deutschen und internationalen Filmfestivals sowie sonstige Nominierungen und Preise.

11. Archivierung:

Dem Bundesarchiv ist spätestens zwölf Monate nach der ersten öffentlichen Aufführung des Films eine technisch einwandfreie Kopie des Films in einem archivfähigen Format unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sofern dieser Verpflichtung nicht schon anderweitig nachgekommen wurde. Näheres, insbesondere die technischen Spezifikationen der archivfähigen Kopie, regeln Bestimmungen des Bundesarchivs.

12. Pflichtregistrierung:

Für alle Hersteller oder Mithersteller von nach dieser Richtlinie geförderten Kinofilmen gelten die im Bundesarchivgesetz in der jeweils gültigen Fassung festgelegten Bestimmungen zur Pflichtregistrierung. Auf dieser Grundlage besteht eine Verpflichtung zur Registrierung ihrer Filmwerke innerhalb von zwölf Monaten nach der ersten öffentlichen Aufführung. Zum Zeitpunkt der Registrierung, spätestens jedoch binnen zwölf Monaten danach, ist beim Bundesarchiv bekannt zu machen, an welchem Ort sich eine technisch einwandfreie archivfähige Kopie des Kinofilms befindet.

13. Ökologisch nachhaltige Herstellung von Filmen:

Bei der Herstellung des Films müssen die ökologischen Standards erfüllt werden, die dieser Richtlinie als Anlage beigefügt sind.

VI. Verleihförderung

§ 18 Voraussetzungen

(1) Für den Verleih von programmfüllenden, künstlerisch anspruchsvollen Filmen im Sinne des § 3 Abs. 1, 4 und 5, die den Förderungszielen nach § 1 entsprechen,

können auf Antrag Projektförderungen gewährt werden. Die Filme müssen grundsätzlich eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung im Sinne dieser Richtlinie aufweisen; § 3 Abs. 3 Ziff. 3 ist zwingend zu erfüllen.

(2) Die Fördermittel werden zur Abdeckung von Vorkosten, wie der Kosten der Herstellung von Kopien und von Werbemaßnahmen im Inland, im Sinne der Regelungen des FFG gewährt und als Zuschuss von bis zu 50.000 Euro je Film gezahlt.

(3) Die Fördermittel sollen nur gewährt werden, wenn sich der Verleih mit einem Eigenanteil von mindestens 30 % der Herausbringungskosten beteiligt und der Film mit maximal 40 Kopien (Einsätzen) in den Kinos gestartet wird. Bei einer nachträglichen Erhöhung der Kopienzahl können die Förderungen zurückgenommen werden, wenn insgesamt mehr als 50 Kopien eingesetzt worden sind. Bei Filmen, die im Sinne dieser Richtlinie in der Produktion gefördert wurden, kann auf Antrag in begründeten Ausnahmefällen von der in Satz 1 und 2 festgelegten Kopienbegrenzung abgewichen werden.

§ 19 Antragstellung, Auswahlentscheidung und Förderungsverfahren

(1) Antragsberechtigt sind gewerbliche Filmverleiher. In begründeten Ausnahmefällen können auch Auswertungen im Eigenverleih gefördert werden.

(2) Die Antrag stellende Person hat für den zu fördernden Film eine rechtsverbindliche und unwiderrufliche Erklärung des Herstellers vorzulegen, dass dieser die im FFG festgelegten Sperrfristen beachtet.

(3) Mit dem Antrag ist eine Bescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) vorzulegen, die die majoritär deutsche Finanzierung an dem Film bescheinigt.

(4) Die Abwicklung der Förderung, insbesondere die Antragsprüfung im Detail, die Bewilligung und Auszahlung der Fördermittel sowie die Prüfung ihrer ordnungsgemäßen Verwendung, erfolgt durch die Filmförderungsanstalt.

(5) Dem Bundesarchiv ist spätestens zwölf Monate nach der ersten öffentlichen Aufführung des Films eine technisch einwandfreie Kopie des Films in einem archivfähigen Format unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, sofern dieser Verpflichtung nicht schon anderweitig nachgekommen wurde. Näheres, insbesondere die technischen Spezifikationen der archivfähigen Kopie, regeln Bestimmungen des Bundesarchivs.

VII. Deutscher Filmpreis

§ 20 Auszeichnungen und Prämien

Als Deutscher Filmpreis für Spiel-, Dokumentar- sowie Kinderfilme können jährlich für herausragende Leistungen im deutschen Film die folgenden Auszeichnungen und Prämien vergeben werden

1. für programmfüllende Spielfilme:
 - Filmpreis in Gold
verbunden mit einer Prämie von bis zu 500.000 Euro
 - Filmpreis in Silber
verbunden mit einer Prämie von bis zu 425.000 Euro
 - Filmpreis in Bronze
verbunden mit einer Prämie von bis zu 375.000 Euro

Es können bis zu sechs Filme nominiert werden. Die Nominierung ist mit einer Prämie von bis zu 250.000 Euro verbunden. Die mit der Nominierung verbundene Prämie wird auf die Prämie für den Filmpreis in Gold, Silber und Bronze angerechnet.

2. für programmfüllende Dokumentarfilme:
 - Filmpreis in Gold
verbunden mit einer Prämie von bis zu 200.000 Euro

Es können bis zu drei Filme nominiert werden. Die Nominierung ist mit einer Prämie von bis zu 100.000 Euro verbunden. Die mit der Nominierung verbundene Prämie wird auf die Prämie für den Filmpreis in Gold angerechnet.

3. für programmfüllende Kinderfilme:
 - Filmpreis in Gold
verbunden mit einer Prämie von bis zu 250.000 Euro

Es können bis zu zwei Filme nominiert werden. Die Nominierung ist mit einer Prämie von bis zu 125.000 Euro verbunden. Die mit der Nominierung verbundene Prämie wird auf die Prämie für den Filmpreis in Gold angerechnet.

4. für hervorragende Einzelleistungen in den Kategorien
 - beste weibliche und beste männliche Haupt- und Nebenrolle
 - beste Regie
 - beste Kamera/Bildgestaltung
 - bester Schnitt
 - bestes Drehbuch
 - beste Filmmusik
 - beste Tongestaltung
 - bestes Szenenbild
 - bestes Kostümbild
 - bestes Maskenbild

der Filmpreis in Gold, verbunden mit einer Prämie von jeweils bis zu 10.000 Euro; in jeder Kategorie können drei bis fünf Einzelleistungen nominiert werden.

5. für herausragende Verdienste um den deutschen Film:
 - Filmpreis in Gold als Ehrenpreis; es können bis zu zwei Preise vergeben werden.
6. für den besucherstärksten deutschen Film:
 - der Publikumspreis als Ehrenpreis.
7. an Persönlichkeiten oder Filmteams, die Filmemachen im Sinne des Namensgebers dieses Preises verstehen und praktizieren:
 - der Bernd Eichinger Preis als Ehrenpreis.

8. für den besten ausländischen Film:
 - Filmpreis in Gold als Ehrenpreis.

§ 21 Auswahlverfahren

- (1) Für den Film muss eine Bescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nach den Regelungen des FFG sowie eine FSK-Freigabe vorgelegt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag auf eine FSK-Freigabe verzichtet werden.
- (2) Für die Kategorien „Bester programmfüllender Spielfilm“, „Bester programmfüllender Dokumentarfilm“ und „Bester programmfüllender Kinderfilm“ muss eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung des Filmes im Sinne des § 3 Abs. 3 gegeben sein.
- (3) Das Auswahlverfahren ergibt sich im Übrigen aus den „Richtlinien über das Auswahlverfahren für die Nominierungen zum Deutschen Filmpreis und die Zuerkennung des Deutschen Filmpreises“ der Deutschen Filmakademie (www.deutsche-filmakademie.de).

§ 22 Empfänger der Auszeichnungen und Prämien

- (1) Bei der Auszeichnung von Einzelleistungen werden die Auszeichnung und die Prämie den ausgezeichneten Künstler/innen zuerkannt.
- (2) Bei der Auszeichnung eines Films werden grundsätzlich die Auszeichnung dem/r persönlichen Produzent/in und die Prämie dem Hersteller des Films mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland zuerkannt. Ist eine Hochschule Hersteller, wird die Prämie dem/r persönlichen Produzent/in zuerkannt.

Bei in Koproduktion hergestellten Filmen wird die Prämie den Herstellern mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland gemeinschaftlich zuerkannt. Im Falle einer Koproduktion mit einer Hochschule ist der/die Koproduzent/in alleiniger Empfänger der Prämie.

- (3) Der/die Regisseur/in erhält eine Urkunde über die Auszeichnung des Films. Dem/r Regisseur/in eines mit dem Filmpreis in Gold, Silber oder Bronze ausgezeichneten Spielfilms oder eines mit dem Filmpreis in Gold ausgezeichneten Dokumentar- oder Kinderfilms werden 10 % der jeweiligen Prämie zuerkannt; in begründeten Ausnahmefällen kann ihr oder ihm die gesamte Prämie zuerkannt werden. Der/die Regisseur/in soll den Hersteller des neuen Films im Sinne des § 23 Abs. 1 benennen; der Prämienanteil bzw. die Prämie wird in diesem Fall dem Hersteller bewilligt.
- (4) Für die Feststellung des/r persönlichen Produzenten/in, des Herstellers, der Regisseurin oder des Regisseurs und anderer Mitwirkender, die Auszeichnungen oder Prämien erhalten sollen, sind im Zweifel die Angaben im Vor- und Nachspann des Films maßgebend.
- (5) Der/die Empfänger/in der Prämie hat dem Bundesarchiv spätestens zwölf Mo-

nate nach der Preisverleihung eine technisch einwandfreie Kopie des ausgezeichneten Films in einem archivfähigen Format unentgeltlich zu übereignen, sofern dieser Verpflichtung nicht schon anderweitig nachgekommen wurde. Näheres, insbesondere die technischen Spezifikationen der archivfähigen Kopie, regeln die Bestimmungen des Bundesarchivs.

(6) Ein Rechtsübergang des Prämienanspruchs auf Dritte ist nur mit Zustimmung der BKM möglich.

§ 23 Förderung des neuen Films und der Projektvorbereitung

(1) Die Prämien nach § 20 Ziff. 1 bis 3 werden als Zuwendungen vergeben, die zweckgebunden für die Herstellung eines neuen programmfüllenden Films mit künstlerischer Qualität zu verwenden sind. Der Film muss eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung im Sinne des § 3 Abs. 3 Ziff. 1 - 3 aufweisen.

(2) Auf Antrag des Herstellers des neuen Films kann zugelassen werden, dass die Prämien für besonders aufwendige Arbeiten der Stoff- oder Drehbuchbeschaffung oder -entwicklung oder in sonstiger Weise für die Vorbereitung eines neuen programmfüllenden Films von künstlerischer Qualität verwendet werden. Auf Antrag des Herstellers kann zugelassen werden, dass bis zu 15.000 Euro der Prämie für die Digitalisierung eines programmfüllenden Filmes verwendet werden.

(3) Der Hersteller des neuen Films hat die BKM über Inhalt und Gestaltung des Filmvorhabens, für das die Prämie verwendet werden soll, eingehend zu informieren; er hat insbesondere Drehbuch, Stab- und Besetzungsliste, Kosten- und Finanzierungsplan sowie einen Verleihvertrag oder eine konkrete Darlegung der Verleih- und Vertriebspläne einzureichen.

(4) Der neue Film muss innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Prämie zuerkannt wurde, fertig gestellt sein und der BKM vorgelegt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist auf Antrag verlängert werden.

(5) Die Förderung der Projektvorbereitung kann bei der BKM formlos beantragt werden. Dem Antrag sind eine projektgerechte Beschreibung sowie die Kalkulation für die Projektvorbereitung und das Treatment / Drehbuch beizufügen. Die Projektvorbereitung schließt die Stoffbeschaffung und die Drehbuchbeschaffung sowie -entwicklung ein.

(6) Im Übrigen gilt für die Förderung des neuen Films § 17 entsprechend.

VIII. Deutscher Drehbuchpreis

§ 24 Auszeichnungen und Prämien

(1) Um herausragende Leistungen auf dem Gebiet des Drehbuchschreibens zu würdigen und die Herstellung von Drehbüchern mit künstlerischer Qualität zu fördern, vergibt die BKM den Deutschen Drehbuchpreis.

- (2) Es können jedes Jahr bis zu drei unverfilmte Drehbücher für programmfüllende Spielfilme für den Deutschen Drehbuchpreis nominiert werden. Mit jeder Nominierung ist eine Prämie in Höhe von 5.000 Euro für den/die jeweilige/n Autor/in verbunden.
- (3) Das Beste der nominierten Drehbücher wird mit dem Deutschen Drehbuchpreis in Gold und einer Prämie in Höhe von 10.000 Euro ausgezeichnet. Die mit der Nominierung verbundene Prämie wird auf die Preisprämie angerechnet.
- (4) Auf Antrag können über die Preisprämie hinaus Fördermittel von bis zu 20.000 Euro für die Fortentwicklung des ausgezeichneten Drehbuchs gewährt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Förderungshilfe für die Herstellung eines neuen Drehbuches mit künstlerischer Qualität oder für die Projektentwicklung eines Films auf Grundlage des ausgezeichneten Drehbuchs gewährt werden. Die Prämien nach S. 1 und 2 werden als Zuwendungen vergeben.
- (5) Wurde ein nominiertes oder mit dem Deutschen Drehbuchpreis ausgezeichnetes Drehbuch von mehreren Autor/innen hergestellt, erhalten diese im Falle der Nominierung jeweils eine Urkunde und im Falle der Auszeichnung mit dem Deutschen Drehbuchpreis jeweils eine LOLA in Gold. Die verliehenen Prämien und Förderungshilfen werden ihnen jeweils gemeinschaftlich zuerkannt.
- (6) Der Preis kann nur für Drehbücher vergeben werden, mit deren Dreh oder Verfilmung frühestens im Jahr der Preisverleihung begonnen wird.

§ 25 Vorschlags- und Auswahlverfahren

- (1) Vorschlagsberechtigt für die Auszeichnung sind alle Filmfördereinrichtungen der Länder sowie:
 - die Filmförderungsanstalt
 - das Kuratorium junger deutscher Film
 - das Drama Department der BKM
 - der Verband Deutscher Drehbuchautoren e.V. (VDD)
 - der Verband der Deutschen Bühnen- und Medienverlage e.V. (VDB)
 - der Verband für Film- und Fernseh dramaturgie e.V. (VeDRA)
 - der Verband der Agenturen für Film, Fernsehen und Theater e.V. (VdA).
- (2) Es können jeweils bis zu drei Drehbücher vorgeschlagen werden, die im Jahr der Preisvergabe oder in den vergangenen zwei Kalenderjahren fertig gestellt worden sind. Für den Deutschen Drehbuchpreis vorgeschlagene Drehbücher können nicht erneut vorgeschlagen werden; dies gilt nicht, wenn formale Gründe für die Ablehnung des Drehbuchs maßgebend waren, die nicht mehr bestehen.
- (3) Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt.

IX. Deutscher Kurzfilmpreis

§ 26 Auszeichnungen und Prämien

- (1) Mit dem Deutschen Kurzfilmpreis können jährlich herausragende Leistungen bei der Produktion von deutschen Spiel-, Animations-, Experimental- und Dokumentarfilmen ausgezeichnet werden.
- (2) Der Deutsche Kurzfilmpreis kann in fünf Kategorien vergeben werden:
 - Spielfilm bis 10 Minuten Laufzeit
 - Spielfilm von mehr als 10 Minuten bis 30 Minuten Laufzeit
 - Animationsfilm bis 30 Minuten Laufzeit
 - Experimentalfilm bis 30 Minuten Laufzeit
 - Dokumentarfilm bis 30 Minuten Laufzeit
- (3) Der Deutsche Kurzfilmpreis ist mit einer Prämie von bis zu 30.000 Euro verbunden. Für die Nominierung erhält der Hersteller eine Prämie von bis zu 15.000 Euro; diese Prämie wird auf die Prämie für den Deutschen Kurzfilmpreis angerechnet.
- (4) In den Kategorien Spielfilm bis 10 Minuten Laufzeit und Spielfilm von mehr als 10 Minuten bis 30 Minuten Laufzeit können insgesamt bis zu 6 Filme nominiert werden. In den Kategorien Animations-, Experimental- und Dokumentarfilm können jeweils zwei Filme nominiert werden.
- (5) Zusätzlich kann ein Sonderpreis für Filme mit einer Laufzeit von mehr als 30 Minuten bis 78 Minuten vergeben werden. Der Sonderpreis ist mit einer Prämie von bis zu 20.000 Euro dotiert.

§ 27 Vorschlags- und Auswahlverfahren

- (1) Vorschläge für Auszeichnungen mit dem Deutschen Kurzfilmpreis können von den Verbänden und Einrichtungen des deutschen Films und den Mitgliedern der Juries Deutscher Kurzfilmpreis I und II bei der BKM eingereicht werden.
- (2) Der vorgeschlagene Film muss im Jahr der Preisvergabe oder im vorausgegangenen Kalenderjahr fertiggestellt worden sein. Der Film muss eine erhebliche deutsche kulturelle Prägung im Sinne des § 3 Abs. 3 Ziff. 1 - 3 aufweisen.
- (3) Für den Deutschen Kurzfilmpreis vorgeschlagene Filme können nicht erneut vorgeschlagen werden; dies gilt nicht, wenn der ursprüngliche Vorschlag aus formalen Gründen abgelehnt wurde, die zwischenzeitlich weggefallen sind.
- (4) Für den Film muss eine Bescheinigung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nach den Regelungen des FFG sowie eine FSK-Freigabe vorgelegt werden.

§ 28 Empfänger der Auszeichnungen und Prämien

- (1) Bei der Auszeichnung eines Films werden grundsätzlich die Auszeichnung dem/r persönlichen Produzent/in und die Prämie dem Hersteller des Films mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland zuerkannt. Ist eine Hochschule Hersteller, wird die Prämie dem/der Regisseur/in des ausgezeichneten Films zuerkannt. Bei in Ko-

produktion hergestellten Filmen wird die Prämie den Herstellern mit Sitz oder Niederlassung in Deutschland gemeinschaftlich zuerkannt. Im Falle einer Koproduktion einer Hochschule ist der/die Koproduzent/in alleiniger Empfänger der Prämie.

(2) Der/die Regisseur/in erhält eine Urkunde über die Auszeichnung des Films.

(3) Für die Feststellung des/r persönlichen Produzenten/in, des Herstellers, der Regisseurin oder des Regisseurs und anderer Mitwirkender, die Auszeichnungen oder Prämien erhalten sollen, sind im Zweifel die Angaben im Vor- und Nachspann des Films maßgebend.

(4) Der/die Empfänger/in der Prämie hat dem Bundesarchiv spätestens zwölf Monate nach der Preisverleihung eine technisch einwandfreie Kopie des ausgezeichneten Films in einem archivfähigen Format unentgeltlich zu übereignen, sofern dieser Verpflichtung nicht schon anderweitig nachgekommen wurde. Näheres, insbesondere die technischen Spezifikationen der archivfähigen Kopie, regeln die Bestimmungen des Bundesarchivs.

(5) Ein Rechtsübergang des Prämienanspruchs auf Dritte ist nur mit Zustimmung der BKM möglich.

§ 29 Förderung des neuen Films und der Projektvorbereitung

(1) Die Prämien gemäß § 26 werden als Zuwendungen vergeben, die zweckgebunden für die Herstellung eines neuen Films mit künstlerischer Qualität zu verwenden sind. Auf Antrag kann zugelassen werden, dass die Prämien für besonders aufwendige Arbeiten der Stoff- und Drehbuchbeschaffung und -entwicklung oder in sonstiger Weise für die Vorbereitung eines neuen Films verwendet werden.

(2) Der Hersteller des neuen Films hat die BKM über Inhalt und Gestaltung des Filmvorhabens, für das die Prämie verwendet werden soll, eingehend zu informieren; er hat insbesondere Drehbuch, Stab- und Besetzungsliste, Kosten- und Finanzierungsplan sowie einen Verleihvertrag oder eine konkrete Darlegung der Verleih- und Vertriebspläne einzureichen.

(3) Der neue Film muss innerhalb von zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Prämie zuerkannt wurde, fertig gestellt sein und der BKM vorgelegt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann diese Frist auf Antrag verlängert werden.

(4) Die Förderung der Projektvorbereitung kann bei der BKM formlos beantragt werden. Dem Antrag sind eine projektgerechte Beschreibung sowie die Kalkulation für die Projektvorbereitung und das Treatment / Drehbuch beizufügen. Die Projektvorbereitung schließt die Stoffbeschaffung und die Drehbuchbeschaffung sowie -entwicklung ein. Wenn ein Betrag von über 15.000 Euro für die Drehbuchentwicklung eines programmfüllenden Spielfilms eingesetzt werden soll, gelten § 6 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 4 S. 1 entsprechend.

(5) Im Übrigen gilt für die Förderung des neuen Films § 17 entsprechend.

X. Verleiherpreis

§ 30 Auszeichnungen und Prämien

- (1) Die BKM vergibt einen Preis an gewerbliche Filmverleiher für besondere Leistungen bei der Verbreitung künstlerisch herausragender Filme, insbesondere deutscher und anderer europäischer Filme.
- (2) Es können bis zu drei Preise pro Jahr verbunden mit einer Prämie von bis zu 75.000 Euro vergeben werden.
- (3) Die Prämie wird als Zuwendung vergeben, die zweckgebunden für den Verleih vor allem deutscher und anderer europäischer Filme mit künstlerischer Qualität zu verwenden ist, insbesondere für die Finanzierung
 - des Ankaufs von Filmlicenzen,
 - von Verleihvorkosten,
 - von Werbemaßnahmen,
 - der Herstellung neuer Verleihkopien,
 - der Ergänzung der technischen Ausstattung des Büros, z.B. mit audiovisuellen und elektronischen Kommunikationsmitteln.

§ 31 Antrag, Auswahlentscheidung und Förderungsverfahren

- (1) Antragsberechtigt sind gewerbliche Filmverleiher.
- (2) Bei der Entscheidung über die Vergabe des Preises sind insbesondere zu berücksichtigen
 - die kulturelle Qualität der Verleiharbeit,
 - der Anteil deutscher Filme,
 - der Anteil anderer europäischer Filme,
 - die durch die Verleiharbeit erreichte Verbreitung der Filme,
 - die Repertoirepflege.
- (3) Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch die Filmförderungsanstalt.

XI. Kinoprogrammpreis

§ 32 Auszeichnungen und Prämien

- (1) Zur Förderung des Filmabspiels vergibt die BKM jährliche Preise an gewerbliche Kinos in Deutschland für die Gestaltung hervorragender Jahresfilmprogramme mit einem besonderen Anteil deutscher und anderer europäischer Filme mit künstlerischer Qualität. Es können folgende Auszeichnungen und Prämien vergeben werden:
 - eine Prämie von 20.000 Euro für das beste Jahresfilmprogramm
 - Prämien von jeweils 15.000 Euro

- für weitere hervorragende Jahresfilmprogramme;
- Prämien von jeweils 10.000 Euro für hervorragende Jahresfilmprogramme
- Prämien von jeweils 7.500 Euro für besonders gute Jahresfilmprogramme.

Für die drei Teilbereiche Kinder- und Jugendfilme, Kurzfilme sowie Dokumentarfilme können mit Prämien von jeweils 2.500 oder 5.000 Euro verbundene Sonderpreise vergeben werden. Für das beste Kinder- und Jugendfilm-, Kurzfilm-, und Dokumentarfilmprogramm kann ein Sonderpreis verbunden mit einer Prämie von 10.000 Euro vergeben werden.

(2) Die Prämien werden dem bei der Preisverleihung amtierenden Betreiber als Zuwendung gewährt und sind zweckgebunden für den Betrieb des ausgezeichneten Kinos. Übernimmt die Antrag stellende Person den Betrieb eines anderen Kinos, können die Prämien auf Antrag auch für den Betrieb dieses Kinos verwendet werden, wenn es programmatisch dem ausgezeichneten Kino entspricht.

(3) Bei Prämien bis 10.000 Euro ist die zweckentsprechende Verwendung in der Regel als gegeben anzusehen, wenn der Betrieb des ausgezeichneten Kinos für die Dauer von mindestens 12 Monaten ab dem Zeitpunkt der Preisvergabe fortgesetzt worden ist. Bei Prämien von 15.000 Euro ist eine Fortsetzung des Betriebes für die Dauer von achtzehn, bei Prämien von 20.000 Euro und mehr eine Dauer von vierundzwanzig Monaten erforderlich. Im Falle der Kumulation mehrerer Prämien ist der Gesamtbetrag maßgeblich. Bei vorzeitiger Schließung des ausgezeichneten Kinos sind die Prämien anteilig zurückzuzahlen.

(4) Die zweckentsprechende Verwendung der Prämien kann auf Antrag des Kinobetriebs auch durch Einzelnachweise belegt werden.

§ 33 Antrag und Förderungsverfahren

(1) Antragsberechtigt sind die Betreiber der Kinos, für die eine Auszeichnung begehrt wird.

(2) Die BKM unterrichtet das den Antrag stellende Unternehmen im Anschluss an die Jurysitzung über die Förderung. Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch das Bundesverwaltungsamt.

XII. Förderung sonstiger Vorhaben

§ 34 Voraussetzungen

Im Einzelfall können nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel herausragende Vorhaben von gesamtstaatlicher Bedeutung gefördert werden, wenn sie den Förderungszielen gemäß § 1 dienen.

XIII. Jurys

§ 35 Berufung

(1) Die BKM beruft sachverständige Persönlichkeiten für eine jeweils dreijährige Amtszeit in die Jurys. Eine einmalige Wiederberufung in dieselbe oder eine andere Jury ist möglich. Eine Person kann später erneut berufen werden, wenn seit Beendigung ihrer Jurytätigkeit mindestens drei Jahre vergangen sind. Die Besetzung erfolgt gemäß den Vorschriften des Bundesgremienbesetzungsgesetzes.

(2) Die BKM kann für jedes von ihr zu benennende Jurymitglied Stellvertretungen berufen. Die Stellvertretungen nehmen die Rechte und Pflichten eines Mitgliedes nur wahr, wenn dieses für die Teilnahme an den Sitzungen verhindert ist. Für die Benennung der stellvertretenden Mitglieder gilt Absatz 1 entsprechend; die Einschränkungen für die Wiederberufung in Abs. 1 S. 2 und 3 gelten nur für Perioden, bei denen sie an mindestens einem Drittel der Sitzungen mitgewirkt haben.

§ 36 Aufgaben, Rechte und Pflichten

(1) Die Jurys beurteilen die Voraussetzungen der Förderung - insbesondere die künstlerische Qualität - nach den Bestimmungen und Zielen dieser Richtlinie und unterbreiten der BKM Vorschläge für die Entscheidung über Förderungen und Auszeichnungen.

(2) Die Jurymitglieder sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie sind zum Stillschweigen über den Inhalt der Beratungen und Beschlüsse verpflichtet.

§ 37 Zusammensetzung

(1) Die BKM beruft folgende Jurys:

- Jury Spielfilm (Drehbuch, §§ 6 ff., und Produktion, §§ 13 ff.): 5 Mitglieder
- Jury Dokumentarfilm (Stoffentwicklung, §§ 10 ff., und Produktion, §§ 13 ff.): 5 Mitglieder
- Jury Kurzfilm (Produktion, § 15): 5 Mitglieder
- Jury Verleihförderung (§§ 18 f.): 5 Mitglieder
- Jury Deutscher Drehbuchpreis (§§ 24 f.): 6 Mitglieder
- Jury Deutscher Kurzfilmpreis I (Spielfilm, §§ 26 ff.): 5 Mitglieder
- Jury Deutscher Kurzfilmpreis II (Animations-, Experimental-, Dokumentarfilm, Sonderpreis, §§ 26 ff.): 5 Mitglieder
- Jury Kinoprogrammpreis (§ 32 f.): 7 Mitglieder
- Jury Verleiherpreis (§§ 30 f.): 6 Mitglieder

(2) Für die Jury Kinderfilm (§ 14) werden jeweils 4 Mitglieder von Seiten der BKM und 4 Mitglieder vom Kuratorium junger deutscher Film berufen.

§ 38 Sitzungen, Beschlussfassung

- (1) Die Sitzungen der Jürs beruft die BKM ein. Sie sind nicht öffentlich.
- (2) Jürmitglieder nehmen an der Beratung und Entscheidung nicht teil, soweit sie selbst, Angehörige oder natürliche oder juristische Drittpersonen, zu denen eine spezielle Bindung oder Abhängigkeit besteht, vom Gegenstand der Entscheidung betroffen sind.
- (3) Beschlüsse werden mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst; in Verfahrensfragen genügt einfache Mehrheit. In begründeten Ausnahmefällen können Jür-Beschlüsse im Umlaufverfahren herbeigeführt werden.

§ 39 Vergütungen

Die Jürmitglieder erhalten Vergütungen für die Prüfungstätigkeit und Reisekostenerstattungen entsprechend den für die unmittelbare Bundesverwaltung geltenden Bestimmungen.

XIV. Schlussbestimmungen

§ 40 Zweifelsfragen, Ausnahmen

- (1) In Zweifelsfragen bei Auslegung und Anwendung dieser Richtlinie entscheidet die BKM. Hierfür können Regelungen des FFG entsprechend herangezogen werden.
- (2) Die BKM kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Richtlinie zulassen.

§ 41 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 01. März 2023 in Kraft und gilt bis zum 31.12.2023.

Die Richtlinie für die kulturelle Filmförderung der BKM in der Fassung vom 17. März 2017 tritt mit Inkrafttreten dieser Richtlinie außer Kraft.

Berlin, den 01. März 2023

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Im Auftrag
gez. Ulrike Schauz



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Anlage:

Ökologische Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoDProduktionen

Ökologische Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoD- Produktionen

Präambel

Mit ihren audiovisuellen Produktionen erreicht die öffentlich-rechtliche und private Medienbranche ein Millionenpublikum. Mit dieser Reichweite geht auch eine gesellschaftliche Verantwortung für eine nachhaltige Herstellung dieser Inhalte einher. Eine umwelt- und ressourcenschonende audiovisuelle Film- und Fernsehproduktion ist ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Verbrauchs und zugleich ein technologischer Transformationsprozess, der gleichermaßen technische und künstlerische Veränderung umfasst.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), die Filmförderungsanstalt (FFA), die Filmförderungen der Länder und der Arbeitskreis „Green Shooting“ haben sich deshalb auf die vorliegenden, bundesweit einheitlichen ökologischen Standards für die audiovisuelle Produktion verständigt. Das Anforderungsset der ökologischen Standards wurde innerhalb eines intensiven Arbeitsprozesses von Arbeitskreis und Filmförderungen gemeinsam abgestimmt. Es basiert auf den zum 1. Januar 2022 veröffentlichten ökologischen Mindeststandards des Arbeitskreises „Green Shooting“ und den Erfahrungen des sog. „Reallabors“, das im Auftrag der BKM und der Filmförderungen der Länder durchgeführt wurde.

Die ökologischen Standards sind ein lernendes System. Sie werden fortlaufend evaluiert und unter Berücksichtigung der Verfügbarkeiten am Markt, des aktuellen Stands der Wissenschaft und Technik sowie klima- und umweltrelevanter Entwicklungen angepasst. Arbeitskreis und Förderungen sind sich einig, dass ein stetig steigendes Ambitionsniveau angestrebt ist. Für die Evaluierung und Weiterentwicklung wird ein Nachhaltigkeitsboard implementiert, das paritätisch mit Mitgliedern des Arbeitskreises „Green Shooting“ und der Bundes- und Länderförderungen besetzt ist. Die Branche wird durch das Nachhaltigkeitsboard beteiligt.

Derzeit sind die ökologischen Standards maßnahmenorientiert formuliert. Für eine Erhöhung ihres Wirkungsgrades sollen sie perspektivisch in zielwertorientierte Anforderungen überführt werden.

Belastbarkeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz sind Grundpfeiler der ökologischen Standards. Ihre Einhaltung wird durch eine einheitliche Nachweisführung sichergestellt.

Die ökologischen Standards werden von vielen Produktionsfirmen, Sendern und VoD-Diensten eingehalten und im Rahmen der Bundes- und Länderförderungen als Fördervoraussetzung zugrundegelegt. Zudem besteht bei Erfüllung der ökologischen Standards die Möglichkeit der Vergabe des Labels green motion.

Die Anwendung der ökologischen Standards

Die ökologischen Standards gelten für alle Produktionsphasen von der Vorproduktion bis zur Postproduktion und für diejenigen Produktionsteile, die in Deutschland realisiert werden, grundsätzlich unabhängig davon, ob das Produktionsunternehmen in Deutschland oder im Ausland angesiedelt ist. Sofern die Produktionsbedingungen im Ausland dies zulassen, ist es zu begrüßen, wenn die Standards auch für die dort hergestellten Produktionsteile angewandt werden.

Die ökologischen Standards sind in fünf Handlungsfelder unterteilt. Die meisten Handlungsfelder enthalten sowohl Muss- als auch Soll-Vorgaben. Die Muss-Vorgaben sind dabei grundsätzlich einzuhalten. Für die Erfüllung der ökologischen Standards insgesamt muss eine Mindestanzahl an Muss-Vorgaben erreicht werden.

Sollte es im begründeten Ausnahmefall nicht möglich sein, alle Muss-Vorgaben einzuhalten, sind pro Produktion höchstens bei fünf, ab dem 01.07.2024 bei drei der insgesamt 21 Muss-Vorgaben Abweichungen zulässig (sog. 5-von-21-Regelung). Die Anzahl soll in den kommenden Jahren weiter reduziert werden. Die Abweichungen von der jeweiligen Muss-Vorgabe sollen dabei so gering wie möglich ausfallen.

Sollte für eine Produktion eine Muss-Vorgabe begründbar nicht einschlägig sein (z. B. Produktion plant keine Fremdübernachtungen (vgl. Vorgabe IV.1.)), wird die jeweilige Muss-Vorgabe als erfüllt angesehen. Von der 5-von-21-Regelung muss folglich kein Gebrauch gemacht werden.

Die Soll-Vorgaben sind, anders als die Muss-Vorgaben, nicht als strikte Vorschrift, sondern als ein Appell für eine ökologisch nachhaltige Produktionsweise zu verstehen. Die Umsetzung der Soll-Vorgaben bewirkt genauso wie die der Muss-Vorgaben eine wirksame Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen und ist deshalb erwünscht. Perspektivisch sollen im Rahmen der Evaluierung und Weiterentwicklung der ökologischen Standards auch Soll-Vorgaben zu Muss-Vorgaben werden.

Die Einzelheiten für die Vergabe des Labels green motion sind einem gesonderten Merkblatt zu entnehmen.

Die ökologischen Standards im Einzelnen

I. Allgemeine Vorgaben

I.1 Erklärung der Geschäftsführung und Herstellungsleitung

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)
Vor Beginn der Produktion geben die Geschäftsführung und die Herstellungsleitung gemeinsam folgende Erklärung gegenüber der federführenden Filmförderung oder, wenn keine Filmförderung dabei ist, gegenüber dem federführenden Sender/VoD-Dienst oder, wenn auch kein Sender/VoD-Dienst involviert ist, gegenüber der Prüfstelle ab:

"Es wird versichert, dass die aktuellen Regelungen zu den „Ökologischen Standards für deutsche Kino-, TV- und Online-/VoD-Produktionen“ vollständig zur Kenntnis genommen wurden und diese Regelungen und Bestimmungen bei der Herstellung des/der o.a. Films/ Serie/AV-Produktion vollständig und sachgerecht eingehalten werden."

Eine Vorlage für diese Erklärung der Geschäftsführung und Herstellungsleitung ist auf der Webseite hinterlegt. Die Erklärung kann auch im Produktionsvertrag abgegeben werden.

I.2 Green Consultant

- **Muss-Vorgabe**
Es muss entweder ein*e externe*r Green Consultant oder ein*e Mitarbeiter*in, der/die zum Green Consultant ausgebildet wurde, beschäftigt werden. Beide müssen eine fundierte, in jedem Fall mehrtägige Aus- oder Fortbildung zum/zur Green Consultant und jeweils aktuelle Kenntnisse nachweisen. Sie begleiten die jeweiligen Produktionen von der Planung bis hin zur Abnahme. Ihre Beratung bezieht sich auf die Einhaltung der ökologischen Standards und insgesamt auf eine möglichst ressourcenschonende, CO₂-arme Produktionsweise. Dabei binden sie das gesamte Team ein.

Das Aufgabenfeld der Green Consultants kann zum Beispiel folgende Bereiche umfassen:

- Energieeinsatz & -nutzung
- Personen- und Materialtransporte
- Unterkunft & Verpflegung
- Materialeinsatz

I.3 Vorlaufende CO₂-Bilanz

Die Minderung der CO₂-Emissionen aus den verschiedenen Prozessen der Filmproduktion stellt ein zentrales Handlungsziel der ökologischen Standards dar. Vor diesem Hintergrund ist eine systematische Erfassung der CO₂-Emissionen bereits in der Planungsphase einer Produktion unverzichtbar.

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)
Vor Beauftragung der Produktion bzw. vor dem Antrag bei der Filmförderung muss mit Hilfe des CO₂-Rechners der MFG eine Erfassung der geplanten CO₂-Emissionen durchgeführt werden. Diese Erfassung erfolgt mit einer vereinfachten Berechnungsmethode, die in dem CO₂-Rechner der MFG ab Ende 2022 zur Verfügung steht. Die Erfassung kann alternativ auch in Kalkulationsprogrammen, z.B. Sesam, erfolgen, sofern diese nachweislich eine im Ergebnis vergleichbare Berechnung durchführen können. Diese Erfassung ermöglicht es, die Produktion insgesamt auf eine ökologisch nachhaltige Herstellungsweise auszurichten.

I.4 Nachlaufende CO₂-Bilanz

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)
Nach Abschluss der Produktion muss eine detaillierte Erfassung der Daten mit Hilfe des CO₂-Rechners der MFG durchgeführt werden. Die Erfassung kann alternativ auch in Kalkulationsprogrammen, z.B. Sesam, erfolgen, und zwar in 2022 ohne Auflagen und ab 2023 mit der Auflage, dass diese Programme nachweislich eine im Ergebnis vergleichbare Berechnung durchführen können und bei geförderten Filmproduktionen den aktuellen Vorgaben des Filmförderungsgesetzes entsprechen.

I.5 Abschlussbericht

- **Muss-Vorgabe** (nicht im Rahmen der 5-von-21-Regelung streichbar)
Nach Abschluss der Produktion muss das Produktionsunternehmen auf der Grundlage einer standardisierten Vorlage einen (oder, sofern mehr als 25 % der Gesamtherstellungskosten im Ausland anfallen und das Unternehmen auch das Label green motion beantragt, zwei) Abschlussbericht/e erstellen. Darin wird über die Erfüllung der Muss-Vorgaben Rechenschaft abgelegt und es werden die tatsächlichen, nach dem Ende der Produktion berechneten CO₂-Emissionen der Produktion ausgewiesen (siehe auch Kriterium »I.4 Nachlaufende CO₂-Bilanz«).

Die Formulare sind auf der Webseite hinterlegt.

II. Energieeinsatz und -nutzung

Der Wechsel zu zertifiziertem Ökostrom ist eine der schnellsten und einfachsten Methoden, um CO₂-Emissionen drastisch zu senken. Dieselgeneratoren auf der anderen Seite sind häufig für hohe Treibhausgas- und Feinstaubemissionen verantwortlich.

Wann immer möglich soll der Strom deshalb über einen Netzanschluss und nicht über Generatoren bezogen werden. Ist eine mobile Stromversorgung unverzichtbar, so sollen perspektivisch insbesondere hybride Stromversorgungssysteme (mit CO₂-neutralen Energieträgern betrieben), mobile Stromspeichersysteme (mit Ökostrom

geladen) oder Photovoltaiksysteme verwendet werden. Hybride Systeme (mit fossilen Brennstoffen betrieben) und Gasgeneratoren (mit fossilen Brennstoffen betrieben) stellen dagegen eher eine Übergangslösung bei der Ablösung von Dieselgeneratoren dar.

Die Beleuchtung im Studio und on location bedingt immer wieder einen hohen Stromverbrauch und damit entsprechende Treibhausgas-Emissionen. Auf Basis einer systematischen energetisch optimierten Lichtplanung können durch den Einsatz energiesparender Beleuchtungstechnologien große Teile des bisherigen Stromverbrauches eingespart werden.

II.1 Ökostrom in allen Betriebsstätten

- **Muss-Vorgabe**

In allen für die Produktion einschließlich der Postproduktion genutzten Betriebsstätten des Produktionsunternehmens und in allen für die Produktion genutzten Studios muss zertifizierter Ökostrom verwendet werden.

II.2 Ökostrom bei temporär genutzten Räumlichkeiten

- **Soll-Vorgabe**

Bei temporär genutzten Räumlichkeiten (Produktionsbüros oder ähnlich genutzte Räumlichkeiten) soll zertifizierter Ökostrom verwendet werden, wo immer das möglich ist.

II.3 Ökostrom bei „on location“-Produktionen

- **Soll-Vorgabe**

Wird bei der Produktion „on-location“ mit einem Netzstromanschluss gearbeitet (siehe auch Kriterium II.4), so soll auch hier zertifizierter Ökostrom bezogen werden, wo immer das möglich ist.

Dies gilt sowohl für bestehende Netzstromanschlüsse als auch für gezielt gelegte Baustromanschlüsse.

II.4 Ökostrom in der Postproduktion

- **Muss-Vorgabe**

Erfolgt die Postproduktion außerhalb der Betriebsstätten des Produktionsunternehmens, so ist sicherzustellen, dass von den beauftragten Unternehmen für die Durchführung dieser Aufgabe ebenfalls ausschließlich Ökostrom verwendet wird.

II.5 Voraussetzungen für den Generatoreinsatz

● **Muss-Vorgabe**

Grundsätzlich wird bei der gesamten Produktion mit Netzstrom gearbeitet. Nur in den nachfolgenden Ausnahmefällen dürfen davon abweichend Generatoren zum Einsatz kommen:

- bei Produktionen „on location“ ohne einen technisch geeigneten und bei einer Kabellänge von bis zu 100 Metern verfügbaren Netzanschluss
- Bei Produktionen, für die eine unterbrechungsfreie Stromversorgung vertraglich gefordert ist, darf, sofern diese nicht anders zu realisieren ist, ein redundantes Generator-System – „Twin Power / Twin Pack“ betrieben werden. Nachhaltigere moderne Möglichkeiten sind bevorzugt zu nutzen, wie z.B nur ein (Hybrid-) Generator im Stand-by mit nachgelagerter Batterie und parallelem Feststrom.

II.6 Begrenzung der Laufzeit von Dieselgeneratoren

○ **Soll-Vorgabe**

Ist der Einsatz von Dieselgeneratoren notwendig (unter den Voraussetzungen von II.5), dann sollen diese Generatoren nicht länger als drei Tage eingesetzt werden. Ausnahmefälle, in denen sie länger als drei Tage genutzt werden, müssen im Abschlussbericht begründet werden.

II.7 Abgasnorm Stage IIIA bei Dieselgeneratoren

○ **Soll-Vorgabe**

Werden Diesel-Generatoren eingesetzt, so sollen diese mindestens der Abgasnorm Stage IIIA entsprechen und mit einem Partikelfilter ausgestattet sein und sie dürfen nicht mit Heizöl befüllt werden. Wo Diesel-Generatoren nicht die Abgasnorm Stage IIIA oder höher erfüllen, soll ein effizientes Hybridsystem eingesetzt werden oder die Generatoren mit Kraftstoff betrieben werden, der aus zertifizierten, regenerativen Reststoffen gewonnen wurde (sog. HVO-Kraftstoffe der 2. Generation).

II.8 Verwendung eines Powergrid Management Systems

○ **Soll-Vorgabe**

Beim Einsatz von mehreren (Diesel-)Generatoren an einer Location soll, wo immer möglich, ein stromsparendes Powergrid Management System verwendet werden.

II.9 Effiziente Lichttechnik im Studio

○ **Soll-Vorgabe***

Bei Studioproduktionen sollen (ab 2024: müssen) ausschließlich Lichtquellen mit einer hohen Energieeffizienz wie zum Beispiel LED-Scheinwerfer verwendet werden.

Lichtquellen auf Basis von Glühlampen und Halogenstrahlern („Kunstlicht“) sollen (ab 2024: müssen) vermieden werden.

*ab 2024 Muss-Vorgabe

II.10 Effiziente Lichttechnik on location

○ **Soll-Vorgabe***

Bei On-location-Drehs sollen (ab 2025: müssen) ausschließlich Lichtquellen mit einer hohen Energieeffizienz wie zum Beispiel LED-Scheinwerfer verwendet werden. Bei Scheinwerfern bis 2 Kw sollen (ab 2025: müssen) Lichtquellen auf Basis von Glühlampen und Halogenstrahlern ("Kunstlicht") vermieden werden.

*ab 2025 Muss-Vorgabe

III. Personen- und Materialtransporte

Grundsätzlich ist die Reduzierung von Mobilität erstrebenswert.

Ansätze können hierfür sein:

- Die Bevorzugung von Produktions- oder Drehorten, die mit der Bahn/dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erreichbar sind bzw. die über geeignete Unterbringungsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe verfügen
- Logistische Optimierung von Transporten durch zeitliches oder räumliches Pooling
- Die Unterstützung der Bildung von Fahrgemeinschaften
- Der Einsatz einer lokalen bzw. kleinen Crew

Entscheidend ist auch die Wahl der Transportmittel. Flugreisen verursachen sehr hohe Treibhausgas-Emissionen und sollen, wo immer möglich, vermieden werden. PKWs, (Klein-) Transporter, Minibusse und LKWs verursachen ebenfalls hohe Treibhausgas-Emissionen. Die Nutzung von Fahrrädern und E-Bikes hingegen ist (nahezu) CO₂-neutral. Ansonsten ist die Bahn in der Regel das umweltfreundlichste Transportmittel. Sie emittiert im Schnitt 90 % weniger Treibhausgas-Emissionen als ein Flugzeug. Bahn, ÖPNV, Fahrräder und E-Bikes sollen daher genutzt werden, wo immer dies möglich ist.

III.1 Bei Zuschauerbeteiligung ÖPNV-Angebot

○ **Soll-Vorgabe**

Bei Studioproduktionen mit Zuschauerbeteiligung sollen, soweit möglich, den Zuschauer*innen entsprechend vergünstigte Mobilitätsangebote im ÖPNV unterbreitet werden. Dies kann zum Beispiel in Kombination mit den Eintrittskarten und durch Nutzung entsprechender Rabattangebote der regionalen Verkehrsbetriebe erfolgen.

III.2 Keine Flüge, wenn Bahnfahrt unter 5 Stunden

- **Muss-Vorgabe**

Inlands- und Auslandsflüge sind nicht gestattet, wenn die entsprechende Bahnfahrt weniger als fünf Stunden dauern würde. Produktionsseitig dürfen, außer wenn im Bild zu sehen, keine Privatjets eingesetzt werden.

III.3 Einsatz emissionsarmer PKW

- **Muss-Vorgabe**

Bei jedem vierten im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasen PKW (ohne Spielwagen) muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln*. Dies umfasst vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (möglichst unter Verwendung von Ökostrom), CNG-Fahrzeuge (möglichst unter Verwendung von Bio-CNG) sowie auch Hybridfahrzeuge (klassische Hybridfahrzeuge und Plug-in Hybrids, wobei Plug-in-Hybrids möglichst nur im E-Modus genutzt werden sollten).

*Ab 2024 gilt diese Anforderung für jedes dritte Fahrzeug; ab 2025 für jedes zweite Fahrzeug

III.4 Einsatz emissionsarmer Minibusse, Transporter und kleiner LKW

- **Soll-Vorgabe**

Bei jedem fünften im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasen PKW (ohne Spielwagen) muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln*. Als solche gelten:

- Vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (vorzugsweise Öko-Strom)
- Fahrzeuge mit Wasserstoff-Antrieb
- CNG-Fahrzeuge (vorzugsweise Bio-CNG)

Ausgenommen von dieser Regelung sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik.

*Ab 2024 gilt diese Anforderung für jedes dritte Fahrzeug

III.5 Einsatz emissionsarmer LKW über 7,5 Tonnen

- **Soll-Vorgabe**

Bei jedem vierten im Eigentum der Produktion befindlichen oder von dieser angemieteten/geleasen LKW über 7,5t muss es sich um ein CO₂-reduziertes Fahrzeug mit geringen Feinstaub- und Stickoxidemissionen handeln. Als solche gelten:

- Vollständig elektrisch angetriebene Fahrzeuge (vorzugsweise Öko-Strom)
- Fahrzeuge mit Wasserstoff-Antrieb
- CNG-Fahrzeuge (vorzugsweise Bio-CNG)

Ausgenommen von dieser Regelung sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik.

III.6 Nur Euro 6 Diesel

- **Muss-Vorgabe**

Wo Diesel-Fahrzeuge eingesetzt werden, müssen diese die Norm Diesel EURO 6 erfüllen. Ausgenommen sind Spezialfahrzeuge mit aufwändiger integrierter Technik oder mit speziellen aufwändigen Einbauten. Bis einschließlich 2024 sind in Bezug auf Transporter und LKW alle Bestandsfahrzeuge der Produktionsfirmen sowie der technischen Dienstleister, nicht aber Mietfahrzeuge, übergangsweise von dieser Muss-Vorgabe ausgenommen.

III.7 Ladung elektrisch angetriebener Fahrzeuge mit Ökostrom

- **Soll-Vorgabe**

Für die Ladung der im Rahmen der Produktion verwendeten elektrisch angetriebenen Fahrzeuge (im Eigentum der Produktion befindlich oder von dieser angemietete/geleaste Fahrzeuge ohne Spielwagen) soll zu mindestens 30 % der Gesamtmenge zertifizierter Ökostrom verwendet werden.

IV. Unterbringung und Verpflegung

Fremdübernachtungen verursachen hohe Treibhausgas-Emissionen, wobei Hotelübernachtungen i. d. R. höhere Treibhausgas-Emissionen pro Nacht und Person verursachen als Übernachtungen in Apartments bzw. Ferienhäusern. Bei den Hotels können die Treibhausgas-Emissionen durch entsprechende Umweltmaßnahmen signifikant reduziert werden. Aus diesem Grund sollten, wo immer möglich, für Übernachtungen Apartments/Ferienhäuser oder Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen gebucht werden.

Wichtig ist dabei, dass sich diese Unterkünfte in räumlicher Nähe zur Produktionsstätte befinden.

Aber nicht nur die Unterbringung, sondern auch die Verpflegung während einer Produktion ist CO₂-relevant. Die derzeitige Produktion von Lebensmitteln verursacht einen erheblichen Anteil der weltweiten Treibhausgas-Emissionen. Insbesondere gilt dies für die Produktion von Fleisch, aber auch für den weltweiten Transport von Lebensmitteln und den Einsatz von künstlichen Düngemitteln und von Pestiziden. Durch eine Reduktion des Verzehrs tierischer Produkte und die gezielte Auswahl umweltfreundlich angebauter Vorprodukte können die Umweltbelastungen der Verpflegung wirksam reduziert werden.

IV.1 Mindestens 50 % umweltfreundliche Übernachtungen

- **Muss-Vorgabe**

Es müssen für mindestens 50 % der Übernachtungen Apartments/Ferienhäuser oder Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen gebucht werden, soweit diese im Umkreis von 15 Kilometern zur Produktionsstätte zur Verfügung stehen.

Als »Hotels mit ausgewiesenen Umweltmaßnahmen« gelten Hotels, die zumindest folgende Maßnahmen anbieten: Ökostrom, Energiesparmaßnahmen bei Heizung und Klima, Wassersparmaßnahmen und Mülltrennung.

IV.2 Verwendung von regionalen Lebensmitteln oder Bio-Lebensmitteln

- **Muss-Vorgabe**

Sofern die Verpflegung durch ein externes, separates Catering erfolgt, müssen

- entweder die eingesetzten Lebensmittel aus den Bereichen Obst, Gemüse, Salate, Eier, Fleisch und Wurstwaren, Milchprodukte und Käse sowie Kaltgetränke gemessen am Einkaufspreis, zu mindestens 50 % (ab 2025: 70 %) regionaler Herkunft sein. Als regionale Lebensmittel gelten Lebensmittel, die im Umkreis von 150 km oder weniger vom jeweiligen Produktionsort erzeugt wurden.
- oder die eingesetzten Lebensmittel zu mindestens 33 %, gemessen am Einkaufspreis, Bio-Lebensmittel mit einem EU-Bio-Siegel oder einem anerkannten deutschen Bio-Siegel ausgezeichnet sein.

IV.3 Vegetarisches Catering

- **Muss-Vorgabe**

Mindestens an einem Tag pro Woche muss bei externem, separatem Catering das Essensangebot rein vegetarisch sein.

IV.4 Information zur Verpflegung und Befragung zum Fleischkonsum

- **Muss-Vorgabe**

Das Team muss zu Drehbeginn von der Produktion über die ökologisch ausgerichtete Verpflegungsauswahl informiert und unter anderem durch eine Befragung zum Thema Fleischkonsum in diese Auswahl eingebunden werden

IV.5 Kein Einweggeschirr

- **Muss-Vorgabe**

Einweggeschirr (Teller, Besteck, Becher etc.) und Einwegflaschen dürfen während der

ganzen Produktion und Postproduktion nicht zur Verfügung gestellt werden.

IV.6 Bedarfsgerechte Ausgabe von Lebensmitteln

○ **Soll-Vorgabe**

Durch bedarfsgerechte Essensausgabe (nicht vorportionierter Mahlzeiten) wird vermieden, dass Lebensmittel weggeworfen werden.

V. Materialeinsatz und -nutzung

Die Herstellung und Entsorgung der vielfach im Kulissenbau und in der Ausstattung nur einmalig genutzten Materialien binden große Mengen an natürlichen Ressourcen und setzen problematische Emissionen frei.

Insbesondere durch die wiederholte Materialnutzung im Rahmen unterschiedlicher Produktionen können die spezifischen Umweltlasten je Produktion deutlich gesenkt werden.

Der Einsatz von Recyclingmaterialien sowie die umweltorientierte Auswahl der Materialien sind weitere wirksame Handlungsansätze, die im Sinne einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft anzustreben sind.

V.1 Mehrfachverwendung Kulissen- und Dekomaterial

○ **Soll-Vorgabe***

Kulissen, Dekorationsobjekte und Materialien sollen mehrfach verwendet werden. Dies kann zum Beispiel durch Lagerhaltung, Leih-Miete oder Second-Hand-Nutzung geschehen. Eine Kreislaufwirtschaft wird angestrebt. Der Anteil der für den Bau von Kulissen und Ausstattungen neu beschafften Materialien soll (ab 2025: muss) auf weniger als 50 % des gesamten Materialeinsatzes reduziert werden.

*ab 2025 Muss-Vorgabe

V.2 Keine Einwegbatterien

● **Muss-Vorgabe**

Einwegbatterien dürfen während der ganzen Produktion sowohl am Set als auch in den Produktionsbüros und Studios nicht genutzt werden. Es müssen stattdessen wiederaufladbare Akkus zum Einsatz gebracht werden. Diese sollen möglichst recycelbar sein. Ausnahme: Minibatterien für In-Ear-Pieces.

V.3 Neues Holz nur mit FSC- oder PEFC-Siegel

- **Muss-Vorgabe**

Wenn neues Holz und neue Holzwerkstoffe verwendet werden müssen, müssen sie aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammen und mit dem FSC- oder PEFC-Siegel gekennzeichnet sein.

V.4 Keine Materialien mit Problemstoffen

- **Soll-Vorgabe**

Materialien und Substanzen, die bei der Herstellung, Verarbeitung oder Entsorgung die Umwelt belasten wie Formaldehyd, PVC, lösemittelhaltige Farben, Styropor, Isocyanate und bromierte Flammschutzmittel (BFR) sollen nicht verwendet werden. Ausnahmen müssen im Abschlussbericht begründet werden.

V.5 Trennbare Verbindung zwischen Grund-Materialien

- **Soll-Vorgabe**

Unterschiedliche Grundmaterialien sollen so zusammengefügt werden, dass sie sich im Rahmen der Entsorgung gut voneinander trennen und damit einem gezielten Recycling zugeführt werden können.

V.6 Wiederverwendung Kostüme

Kostüme sollen mehrfach verwendet werden. Dies kann zum Beispiel durch Fundushaltung, Leih-Miete oder Second Hand-Nutzung geschehen. Wo es sich eignet, sollen Protagonist*innen vor der Kamera nach Absprache die Möglichkeit erhalten, ihre eigene Kleidung zu verwenden. Auf den Kauf von Fast-Fashion und Discounter-Kleidung soll verzichtet werden. Die Transportwege von Kostümen und Requisiten sollen reduziert werden, indem möglichst regionale Anbieter genutzt werden.

- **Muss-Vorgabe**

Es muss von der/dem Kostümbildner*in bei allen für die Produktion benötigten Kostümen umfassend geprüft werden, ob diese gebraucht erworben oder aus dem Bestand erneut verwendet werden können anstatt sie neu zu kaufen.

V.7 Vermeidung von Einweg-Plastik

- **Soll-Vorgabe**

Nur einmalig verwendetes Plastik soll generell in allen Bereichen vermieden und durch umweltfreundlichere Lösungen ersetzt werden. Es sollen Make-Up-Produkte ohne Mikroplastik verwendet werden.

V.8 Bevorzugt Material mit Recykat-Anteil

○ **Soll-Vorgabe**

Materialien, die einen Recykat-Anteil von über 50 % enthalten, sollen bevorzugt verwendet werden.

V.9 90 % Altfaseranteil im Papier

● **Muss-Vorgabe**

Falls Papier eingesetzt wird, muss Recycling-Papier mit einem Altfaseranteil von mindestens 90 % genutzt werden. Dies gilt für sämtliche Verbrauchsformen (Kopierpapier, Toilettenpapier, Küchenpapier, Umschläge, Papierhandtücher etc.) außer bei Requisiten und bei nachgewiesener technischer Notwendigkeit von 100%iger Farbechtheit im kreativen Prozess.

V.10 Trennvorgabe für Müllsortierung

● **Muss-Vorgabe**

Die Trennung des entstehenden Mülls muss an jeder Produktionsstätte (auch on location), in allen Studios und in sämtlichen genutzten Büros mindestens in der Kategorie Papier / Glas / Plastik bzw. GelberSack / Metall / Biomüll / Holz erfolgen. Wenn die regionalen Entsorger diese Kategorien nicht anbieten können, ist die Einhaltung abweichender Trennvorgaben nach Maßgabe der Entsorger zulässig. Die abweichenden Maßgaben sind zu belegen.

V.11 Trennung von Dekorationen vor Entsorgung

○ **Soll-Vorgabe**

Kulissen und Dekorationen, die nicht wiederverwendet werden, sollen bei der Entsorgung in ihre Hauptmaterialien getrennt werden (siehe Kriterium »V.1 Mehrfachverwendung Kulissen- und Dekomaterial«).

Aus insbesondere förderrechtlichen Gründen sind bundesgeförderte Produktionen zusätzlich verpflichtet,

- einen Anfangsbericht einzureichen. Dieser ist dem Antrag auf Filmförderung beizufügen und enthält auf Grundlage einer standardisierten Vorlage:
 - den Namen und die Beschreibung der Art der Qualifikation des/der für die Produktion zuständigen Green Consultant
 - die Ergebnisse der vorlaufenden CO2-Bilanzierung (I.3)
 - die Darstellung der zur Umsetzung geplanten Maßnahmen
- im Abschlussbericht (I.5) neben den MUSS-Vorgaben auch über die Erfüllung der SOLL-Vorgaben zu berichten.